Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 11

Artikel: Die militärpolitische Lage am Jahresende 1964
Autor: Frick, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161659

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die militärpolitische Lage am Jahresende 1964

HANS FRICK

Die militärpolitische Lage hat sich im Laufe des vergangenen Jahres nicht wesentlich verändert. Auch so wichtige Ereignisse wie die Regierungswechsel in der Sowjetunion und in Großbritannien und die Wahl Johnsons zum Präsidenten der Vereinigten Staaten haben — wenigstens bis jetzt — keine wesentlichen Änderungen der bestehenden weltpolitischen Tendenzen zur Folge gehabt. Die im Jahre 1964 besonders zahlreichen internationalen Konferenzen und Staatsbesuche haben nichts Wesentliches zur Lösung der vielen großen Probleme beigetragen. Nach wie vor besteht der Gegensatz zwischen dem Weltkommunismus und dem freien Westen in voller Schärfe und gibt es eine Reihe gefährlicher Unruheherde im Vorderen Orient, im Fernen Osten, in Afrika und Südamerika.

Die Lage im kommunistischen Machtbereich

Das spektakulärste Ereignis im Weltkommunismus war zweifellos der völlig unerwartete Sturz Chruschtschews, dessen eigentliche Hintergründe auch heute noch nicht bekannt sind. Freilich sind solche brüske Wechsel der führenden Persönlichkeiten in Staaten, deren Grundlage die Revolution ist, nichts Außerordentliches, bilden solche doch den Tummelplatz für ehrgeizige Emporkömmlinge. Es stellt sich daher die Frage, wie lange wohl das jetzige Dreierdirektorium am Ruder bleiben wird. Bis jetzt scheint die neue Sowjetregierung keine wesentlich andere Außenpolitik betreiben zu wollen als ihr Vorgänger. Zwar besteht offenbar das Bestreben, die Beziehungen zu China wieder zu verbessern. Der Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Tschou En-lai bei der Feier der Oktoberrevolution in Moskau diente ebenfalls diesem Bestreben; allein das farblose Schlußcommuniqué läßt kaum vermuten, daß die zwischen den beiden Ländern bestehenden scharfen Gegensätze wesentlich gemildert oder gar überwunden worden wären. Auffallend ist auch, daß Enver Hodscha anläßlich des albanischen Nationalfeiertages, kurz nach Tschou En-lais Moskaubesuch, die neuen Regierungsmänner der Sowjetunion auf das schärfste angriff und sie beschuldigte, nicht die wahren Meinungen der großen Masse der Kommunisten zu repräsentieren. Man darf kaum annehmen, daß dieser getreue Satellit Rotchinas ohne dessen Einverständnis diesen scharfen Angriff ausgelöst hätte.

Es darf wohl angenommen werden, daß die gegenwärtige Regierung der *Sowjetunion* ebenso bemüht sein wird, den Ausbruch eines weltweiten Atomkrieges zu vermeiden wie Chruschtschew. Denn abgesehen von der Belastung durch den Konflikt mit China hat die Sowjetregierung auch in der Innenpolitik schwerwiegende Probleme zu lösen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. Ähnliche Erscheinungen finden sich übrigens auch in den meisten andern kommunistischen Staaten. Dieser Umstand und die Tatsache, daß es der Sowjetunion in beinahe einem halben Jahrhundert nach dem Sieg des Kommunismus noch bei weitem nicht gelungen ist, den Lebensstandard und die Produktionsziffern des freien Westens zu erreichen, ist ein schlagender Beweis für die völlige Irrealität des marxistischen Dogmas. So sieht sich das Regime zu gewissen, wenn auch bescheidenen Liberalisierungen gezwungen, wie zum Beispiel Steuerbefreiung für das dem Bauern persönlich gehörende Vieh und Steigerung des Anteils am Produktionsergebnis. Zu diesen Schwierigkeiten kommt weiter die trotz aller Restriktionen sich immer wieder hervorwagende Kritik von seiten von Intellektuellen. Man fängt an, sich zu fragen, ob wirklich alle führenden Leute in diesen Ländern in ihrem Innersten noch von der Richtigkeit der marxistischen Doktrin überzeugt sind oder dies nur vorgeben, weil ihre Machtstellung darauf beruht. Freilich wäre es verfehlt, aus diesen Verhältnissen den voreiligen Schluß zu ziehen, daß die kommunistische Gefahr sich vermindert habe.

In den übrigen Ländern des kommunistischen Machtbereichs hat der Sturz Chruschtschews zum Teil zu sehr scharfer Kritik geführt. Dieses Ereignis und der Konflikt mit China hatten eine weitgehende Auflockerung des kommunistischen Blockes zur Folge. Mehr und mehr wird von den einzelnen Staaten das Recht beansprucht, den «eigenen Weg zum Sozialismus» beschreiten zu dürfen. Der immer noch getreueste Satellit ist ohne Zweifel die sogenannte *Deutsche Demokratische Republik*. Denn es steht außer Frage, daß das Regime Ulbricht sich einzig und allein durch die Präsenz sowjetischer Truppen halten kann. Die trotz großer Lebensgefahr ununterbrochen sich fortsetzenden Fluchtversuche von Bewohnern der Ostzone, und zwar auch von zahlreichen Angehörigen der «Arbeiterklasse», sind hiefür ein schlagender Beweis. Der im Juni zwischen der Sowjetunion und der DDR abgeschlossene Freundschaftsvertrag hat die Abhängigkeit des Ostzonenregimes von Moskau erneut bestätigt. Ulbricht versucht daneben, mit den verschiedensten Mitteln die Anerkennung der Ostzone als souveränen Staat durchzusetzen. Diesem Zweck dienten auch die Besuche des stellvertretenden Ministerpräsidenten Leuschner in Burma, Kambodscha, Ceylon und Indien.

Trotz aller Zersetzungserscheinungen im kommunistischen Machtbereich und trotz gelegentlicher Entspannungsgesten geht der *kalte Krieg* in unverminderter Intensität weiter. Es werden nicht nur dauernd schwerste Beschuldigungen gegen die sogenannten Imperialisten und Revanchisten vorgebracht, sondern

sowohl die Sowjetunion als Rotchina beuten alle Konflikte in der Welt, zumal in den unterentwickelten Ländern, zu ihren Gunsten aus, indem sie diese durch ihre Agenten nach Kräften schüren und die gegen die legalen Regierungen rebellierenden Gruppen mit Waffen und Geld unterstützen. Daß es dabei zu einem gewissen Konkurrenzkampf der beiden beteiligten Mächte kommt, versteht sich von selbst; doch dürfte dieser die aus der Subversionstätigkeit entspringende Gefahr kaum wesentlich mildern. Es steht auch fest, daß das Programm der Welteroberung für den Kommunismus nach wie vor weiter in Kraft ist.

Die Staaten der NATO

Auch im Bereich der NATO-Staaten hat es im abgelaufenen Jahr nicht an Schwierigkeiten gefehlt. *Frankreich* setzt unter de Gaulles Führung seinen Alleingang fort. Trotz einer gewissen Opposition, die sogar im Senat zu einer Verwerfung des Projektes führte, will de Gaulle seine aus Nuklearwaffen bestehende «Force de frappe» auf Kosten der konventionellen Streitkräfte weiter ausbauen. Diese sollen in Zukunft nur noch 600 000 Mann umfassen und aus mobilen Kampftruppen und der Territorialverteidigung bestehen. Praktisch sind heute einzig die beiden in Deutschland stehenden französischen Divisionen voll einsatzbereit. Trotz alledem wird es Frankreich nie möglich sein, eine atomare Abschreckungsmacht aufzustellen, welche die Sowjetunion gegebenenfalls von einem Angriff abhalten könnte. Dies vermöchte nur ein politisch und militärisch geeintes freies Europa. Auch die erweiterte Force de frappe wird nichts an der Tatsache ändern, daß die europäischen NATO-Länder nach wie vor von der amerikanischen Atommacht abhängig sind. Wenn es allerdings, wie neulich die Rede davon war, zu einer Abrede über die Zielverteilung zwischen der amerikanischen und der französischen Atomwaffe kommen sollte, würde dies einen wesentlichen Fortschritt bedeuten.

Eigenartig ist die Haltung de Gaulles in bezug auf die Probleme des Fernen Ostens. Die Anerkennung der Volksrepublik China steht im scharfen Gegensatz zu der Politik der Vereinigten Staaten und der übrigen NATO-Staaten. Ob dadurch eine vermehrte Möglichkeit besteht, den Konflikt zwischen China und der Sowjetunion zum Vorteil des freien Westens weiter zu verschärfen, wie das von französischer Seite behauptet wird, erscheint eher fraglich. Auf der gleichen Linie liegt die Forderung auf Neutralisierung und Wiedervereinigung Vietnams. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Maßnahme die sofortige Ausbreitung des Kommunismus in ganz Vietnam zur Folge hätte. Man fragt sich daher, ob diesem Vorschlag nicht ein gewisses nationalistisches Ressentiment zugrunde liegt, weil in einem einst französischen Territorium nunmehr die Amerikaner mit militärischen Machtmitteln eingreifen.

Einen besonderen Streitpunkt im Rahmen der NATO bildet der amerika-

nische Vorschlag einer multilateralen Atomstreitkraft auf Überwasserschiffen mit gemischter Besatzung. De Gaulle und übrigens auch andere Regierungen lehnen ihn scharf ab, wobei bei ersterem seine völlig verschiedene Auffassung über die Natur des atlantischen Bündnisses seine Haltung bestimmt. Trotzdem eine solche Atomstreitkraft das gegenseitige Verständnis zwischen den bebeteiligten Nationen bestimmt fördern würde, kann man doch über ihren militärischen Wert Zweifel hegen. Denn Überwasserschiffe, auch wenn sie als Frachtschiffe getarnt wären, könnten doch durch die Spionage innert kurzer Frist identifiziert und sodann in ihren Bewegungen überwacht werden, so daß sie Luft- oder Unterseebootangriffen sehr ausgesetzt wären. Während die USA mit diesem Projekt eine weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern suchen, ist anderseits die Deutsche Bundesrepublik sehr daran interessiert, weil sie hofft, dadurch mit der Zeit ein Mitspracherecht im Einsatz von Atomwaffen zu erlangen. Allein auch bei dieser geplanten Atomstreitkraft würde der «Finger am Abzug» eben doch in der Hand des amerikanischen Präsidenten bleiben. Was aus der Sache wird, ist ungewiß; man muß eher annehmen, daß eine abgeänderte Version einer NATO-Atomstreitkraft schließlich realisiert wird. Die höchst nachteilige Folge des Vorschlages einer multilateralen Atomstreitkraft ist die Belastung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich; diese hat denn auch zu einer unfreundlichen Kritik de Gaulles an seinen deutschen Freunden geführt.

Diese Verhältnisse haben die *Deutsche Bundesrepublik* in eine schwierige Lage gebracht. Sie ist und bleibt eben für den Fall eines Krieges auf die Hilfe der USA angewiesen und muß daher mit diesen in den besten Beziehungen bleiben. Anderseits darf sie die neue Freundschaft mit Frankreich, die nicht nur für sie selbst, sondern für ganz Europa so wichtig ist, nicht gefährden, was nicht immer leicht ist. Immerhin tragen die regelmäßigen Kontakte zwischen den Regierungschefs und ihren Ministern bestimmt dazu bei, das gegenseitige Verständnis zwischen den beiden Ländern aufrechtzuerhalten. Selbstverständlich steht für die Bundesrepublik das Problem der deutschen Wiedervereinigung nach wie vor im Zentrum des Interesses. Es besteht auch kein Zweifel, daß ein wirklicher Friede in Europa nicht denkbar ist, solange dieses Problem, und zwar auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes, gelöst ist. Freilich hat die Sowjetunion bis heute auch nicht die geringste Neigung zu einer Konzession in dieser Richtung gezeigt. So kann auch in näherer Zukunft bestimmt kein Erfolg in dieser Frage erwartet werden; allein auch hier dürfte, auf längere Sicht gesehen, das alte bernische Sprichwort gelten: «Nid nahlah gwünnt.» Voraussetzung dafür ist eben, daß der freie Westen immer und immer wieder auf einer solchen Lösung insistiert und nicht etwa Gefahr läuft, sich schließlich mit dem gegenwärtigen Zustand abzufinden. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA haben denn auch als Reaktion auf den zwischen der Sowjetunion und der sogenannten DDR abgeschlossenen Freundschafts-

vertrag eine Erklärung veröffentlicht, in der das Selbstbestimmungsrecht für ganz Deutschland und dessen Vereinigung in Frieden und Freiheit gefordert wird. Auch die NATO-Tagung im Dezember hat sich mit der Frage befaßt. Allerdings wurde eine gesonderte Erklärung über die Deutschlandfrage abgelehnt, aber das Schlußcommuniqué hat doch die Notwendigkeit, in der Lösung dieser Frage Fortschritte zu erzielen, eindeutig betont.

In *Großbritannien* hat der Wahlsieg der Labour-Party und die Übernahme der Regierung durch diese noch keine sehr wesentlichen Änderungen militärpolitischen Charakters gebracht. Im Gegensatz zu den Konservativen hat die Labour-Regierung den Vorschlag gemacht, ihre Nuklearwaffen einem atlantischen Kommando zu unterstellen. Im übrigen wird erst die Zukunft zeigen, wie weit die Tendenzen der Labourleute zu Konzessionen aller Art an den Osten Gestalt gewinnen, was allerdings eine schwere Gefährdung der westlichen Sicherheit bedeuten würde. Unerfreulich ist der nicht nur von der Regierung, sondern auch vom Generalstabschef Lord Mountbatten vertretene Plan einer Verdünnung der britischen Truppen auf dem Kontinent. Da Großbritannien infolge Fehlens einer allgemeinen Dienstpflicht nur über ungenügende Streitkräfte verfügt und anderseits zur Wahrung seiner Interessen auf Zypern, in Aden und in Malaysia Truppen bereithalten muß, ist diese Haltung verständlich, allein im Interesse der Verteidigung des Westens doch bedauerlich.

Italien hat durch das die Demokratie kompromittierende Schauspiel seiner Präsidentenwahl der Welt ein beängstigendes Bild seiner innenpolitischen Verwirrung gegeben. Als schließlich Saragat an die Spitze des Staates gerufen wurde, gelangte mit ihm ein Mann in dieses wichtige Amt, der sich bisher durch seine Mäßigung und seinen Sinn für Realitäten ausgezeichnet hat. Besonders wichtig ist, daß er sich seinerzeit, entgegen den Auffassungen seiner Parteigänger, für den Anschluß an die NATO eingesetzt hat. Bedenklich ist nur, daß er seinen Wahlsieg der Unterstützung seitens der Kommunisten verdankte; seine bisherige Haltung und sein Charakter lassen aber hoffen, daß er es deswegen nicht zum Experiment einer Volksfront kommen lassen wird, was angesichts der hohen strategischen Bedeutung Italiens im Mittelmeerraum für das freie Europa sehr verhängnisvoll wäre.

Höchst unerfreulich für die NATO ist der Konflikt zwischen *Griechenland* und der *Türkei*. Zeitweise schien sogar eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den beiden Bündnispartnern möglich. Bei der hohen strategischen Bedeutung der Ägäis, des Bosporus und der Dardanellen und Kleinasiens für die Sicherung der Südostflanke der NATO hätte dies eine Katastrophe bedeutet. Neuerdings hat sich die Situation einigermaßen entspannt, und es ist zu hoffen, daß eine friedliche Lösung des Problems gefunden wird.

In den *Vereinigten Staaten* hat die Wahl Johnsons zum Präsidenten die Fortsetzung einer soliden, energischen, aber doch unprovokatorischen Politik gesichert. Johnson hat denn auch deutlich erklärt, daß dem Problem der Wieder-

vereinigung Deutschlands größte Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, und der Verteidigungsminister MacNamara hat vor dem NATO-Ministerrat bestätigt, daß ein Angriff der Sowjetunion auf Europa einen Angriff auf die ganze Allianz bedeuten würde.

Allgemein kann gesagt werden, daß trotz aller Reibungen und Differenzen die NATO nach wie vor ein solides Bündnis darstellt, dessen Notwendigkeit auch von de Gaulle bejaht wird. Was schließlich die Bestrebungen zur Einigung Europas anbelangt, so kann festgestellt werden, daß die Vereinbarung über die Angleichung der Getreidepreise innerhalb der EWG auch politisch einen großen Fortschritt bedeutet.

Der Mittelmeerraum

In dem für die Sicherheit der Südflanke des freien Europas so wichtigen Mittelmeerraum entwickeln sich die Verhältnisse in beunruhigender Weise. Der Konflikt in *Zypern* hatte sich zu Beginn des letzten Jahres bedeutend verschärft, nachdem Makarios den Garantie- und Allianzvertrag mit Großbritannien, Griechenland und der Türkei gekündigt hatte. Gewalttaten, Terror und Kämpfe zwischen Griechisch- und Türkischzyprioten waren die Folge. Die Stationierung von UN-Truppen auf der Insel blieb ohne Erfolg, da die diesen erteilten, allzu restriktiven Instruktionen ein wirksames Eingreifen zur Verhinderung der Kämpfe verunmöglichten. Die Hauptschuld an dieser kritischen Lage liegt eindeutig bei Makarios, dessen extremistische Haltung selbst für die griechische Regierung eine Belastung bedeutet, so daß diese ihn zur Zurückhaltung mahnen mußte. Im Spätsommer trat eine Entspannung ein; die Kämpfe hörten auf, und Makarios nahm die gegen die türkische Bevölkerung verhängten Blockademaßnahmen zurück. Allein der Konflikt ist noch lange nicht gelöst. Besonders bedenklich ist, daß Makarios die Sowjetunion und Ägypten um allfällige Hilfe ersucht hat und außerdem die Auflösung der für Großbritannien so wichtigen Basis auf der Insel fordert.

In der *Vereinigten Arabischen Republik* entwickelt sich Nasser zu einem immer gefährlicheren Gegner des Westens. Zwar hat sich der Einsatz ägyptischer Truppen zugunsten der Republik in *Jemen* als ein sehr kostspieliges Abenteuer erwiesen; ein Erfolg ist nicht eingetreten, und es besteht kaum ein Zweifel, daß bei einem Abzug dieser Truppen die Royalisten die Oberhand gewinnen würden. Trotzdem bedroht Nasser auch Aden und die Südarabische Föderation sowie natürlich *Israel*. Die Arabische Liga bezeichnete denn auch die «Befreiung Palästinas» als nationale Verpflichtung und beschloß die Aufstellung einer Palästina-Armee. An Schießereien zwischen syrischen und jordanischen Truppen einerseits und israelischen Truppen anderseits hat es nicht gefehlt. Freilich ist die Einigkeit unter den arabischen Völkern noch durchaus nicht

erreicht. Zwar hat Nasser mit dem irakischen Präsidenten Aref ein Abkommen abgeschlossen, das zur Verwirklichung der völligen Einheit zwischen den beiden Ländern die Schaffung eines gemeinsamen Präsidentschaftsrates und eines gemeinsamen Militärkommandos vorsieht; allein es stellt sich die Frage, wie wirksam und wie dauerhaft diese Verbindung ist. Bei der gleichen Gelegenheit wurde von den beiden Staatsmännern die «terroristische Herrschaft» in Syrien verurteilt. Bedenklich ist die zunehmende Anlehnung Nassers an die Sowjetunion. Diese wurde besonders deutlich anläßlich des Besuches des sowjetischen Vizeministerpräsidenten Scheljepin. Während dieser in einer Rede vor der Nationalversammlung in Kairo die schärfsten Angriffe gegen die amerikanischen «Imperialisten» richtete und gleichzeitig die Ansprüche der Araber auf Palästina und auf die «Befreiung» des südlichen Teils der arabischen Halbinsel unterstützte, beschuldigte Nasser Washington, die deutsche Bundesrepublik zu Waffenlieferungen an Israel gedrängt zu haben und die Vereinigte Arabische Republik unter Druck zu setzen. Auf der gleichen Linie liegt schließlich die moralische und materielle Unterstützung der kongolesischen Rebellen durch Nasser.

In *Algerien* nimmt Ben Bella dieselbe Haltung an wie Nasser, was besonders darin zum Ausdruck kommt, daß auch er die kongolesische Rebellion mit allen Mitteln, zumal mit Waffenlieferungen unterstützt.

Gegenüber dieser höchst unerfreulichen Lage bietet freilich die Präsenz der amerikanischen Sechsten Flotte, der auch Polaris-Unterseeboote zugeteilt sind, im Mittelmeer einen wirksamen Schutz der Südflanke des freien Europa.

Afrika

In den in den letzten Jahren zur Unabhängigkeit gelangten afrikanischen Ländern treten dauernd Unruhen auf. Stammesfehden, der Ehrgeiz einzelner Politiker und der Rassenhaß gegen die Weißen, vor allem aber der Einfluß sowjetischer und chinesischer Agenten schaffen immer neue Konflikte. Einzelne Länder, wie Mali, Ghana und Guinea sind dem kommunistischen Einfluß stark verfallen. Am schlimmsten ist die Lage im *Kongo*, wo sich schon zu Jahresbeginn die Rebellion gegen die Zentralregierung unter der Leitung von Gbenye, Soumaliot und Mulele erhob. Schließlich sah sich Präsident Kasavubu genötigt, Tschombé aus dem Ausland zurückzurufen und ihm das Ministerpräsidium zu übergeben. Dieser hat sich als ebenso geschickter wie gemäßigter Staatsmann erwiesen, wurde aber von der Mehrzahl der afrikanischen Staaten abgelehnt und von der Teilnahme an der Konferenz blockfreier Staaten ausgeschlossen. Nach anfänglich großen Erfolgen der Rebellen gelang es der kongolesischen Armee, diese wieder zurückzudrängen, wobei allerdings weiße Söldner angesichts der wenig zuverlässigen kongolesischen Truppen wohl die entscheidende

Rolle spielten. Dies führte zu heftigen Beschuldigungen gegenüber Tschombé seitens der meisten afrikanischen Staaten, wiewohl kurz vorher Kenia, Tanganjika und Uganda zur Niederschlagung von Meutereien britische Truppen zu Hilfe gerufen hatten, ohne daß irgend jemand dagegen protestierte. Eine endgültige Überwindung der Rebellen wird allerdings noch großen Schwierigkeiten begegnen, wenn sie überhaupt möglich ist, solange die Aufrührer von Nachbarstaaten, besonders aber von Nasser und Ben Bella und selbstverständlich von der kommunistischen Welt unterstützt werden. Die Massaker, die von den Rebellen, auch gegenüber der schwarzen Bevölkerung, angerichtet wurden und die Gefangennahme von Weißen als Geiseln führten dann zu jener Rettungsaktion belgischer Fallschirmjäger, die trotz ihres rein humanitären Charakters die heftigsten Beschuldigungen gegen die Amerikaner, Briten und Belgier seitens der meisten afrikanischen Staaten und der Sowjetunion zur Folge hatte.

Ferner Osten

Die *Volksrepublik China* hat durch ihre erste Atomexplosion einen bemerkenswerten Erfolg erzielt. Es wird freilich noch längere Zeit dauern, bis sie zu einer ausreichenden Nuklearstreitmacht gelangt. Ihre Armee, die äußerst zahlreich ist und neuerdings durch die Reaktivierung der Volksmiliz weiter verstärkt wird, eignet sich allerdings nicht zu Operationen außerhalb des asiatischen Kontinents. Im Konflikt mit Indien herrscht zur Zeit Waffenruhe; allein die Spannung ist unvermindert, solange China große Gebietsansprüche auf indisches Gebiet erhebt. So könnten jederzeit wieder Feindseligkeiten ausbrechen, was angesichts der starken Unterlegenheit Indiens katastrophale Folgen auslösen würde.

China ist natürlich auch das Zentrum aller revolutionären Bewegungen im südostasiatischen Raum, so in Laos und Vietnam, wo die Kämpfe unvermindert fortdauern. Ein Versuch der Einigung über *Laos* anläßlich der Konferenz der drei beteiligten Prinzen in Paris ist an der unnachgiebigen Haltung des kommunistischen Prinzen Souvanuvong gescheitert. Besonders schlimm ist die Lage in *Vietnam*, hauptsächlich infolge der Instabilität der südvietnamesischen Regierung, die sich im Wechsel der Inhaber der leitenden Posten, in Manifestationen buddhistischer Studenten und im Gegensatz zwischen der Regierung und den Generälen äußert, die letzthin den hohen Nationalrat auflösten, dessen Wiederherstellung von der Regierung verlangt wird. Ein Bombenattentat gegen ein amerikanisches Offiziersheim und eine aggressive Rede des Oberbefehlshabers, General Nguyen Khanh gegen die amerikanische Politik machen die dortige Lage für die USA sehr schwierig, um so mehr als trotz gewisser Erfolge gegen die Vietcong-Rebellen deren völlige Niederwerfung in absehba-

rer Zeit kaum zu erwarten ist. Es besteht der Eindruck, daß die Amerikaner die Kriegführung im Dschungelkrieg noch immer nicht genügend beherrschen. Es stellt sich daher für die amerikanische Politik die Frage, ob es sich lohnt, weiter beträchtliche Mittel für die Unterstützung Südvietnams aufzuwenden. In doppelter Hinsicht lehrreich ist der Zwischenfall im Golf von Tonkin, wo amerikanische Schiffe durch nordvietnamesische Schnellboote angegriffen wurden, worauf die Amerikaner zur Vergeltung nordvietnamesische Marinestützpunkte bombardierten. Daraus geht eindeutig hervor, wie die Kommunisten dauernd den Widerstandswillen ihrer Gegner testen und anderseits, daß eine energische, selbst militärische Reaktion noch lange keinen Krieg auszulösen vermag.

Sehr beunruhigend ist auch die Lage im Südosten Asiens, wo *Indonesien* unter der Leitung des ebenfalls kommunistisch beeinflußten Diktators Sukarno sich die Zerstörung Malaysias zum Ziel gesetzt hat. Zwar konnten die Guerillaaktionen meist mit Erfolg zurückgewiesen werden, neulich sogar unter Mithilfe einer britischen Fregatte, indessen geht der unerklärte Krieg dauernd weiter, was auch für Großbritannien, das Malaysia seine Hilfe versprochen hat, eine große Sorge ist.

Australien hat sich angesichts dieser Umstände zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht entschlossen, was zweifellos auf längere Sicht zum Ausgleich der dortigen Machtverhältnisse beitragen wird.

Südamerika

In *Brasilien* wurde durch den Sturz Goularts die Gefahr eines allmählichen Abgleitens in das kommunistische Fahrwasser beseitigt. Immerhin kam es dort später zu einem glücklicherweise vereitelten Putschversuch. Die Verhinderung einer Rückkehr Perons nach *Argentinien* ersparte diesem Lande große Schwierigkeiten und Unruhen. In *Bolivien* konnte eine Verschwörung der Anhänger des ehemaligen Präsidenten Paz Estensoro rechtzeitig entdeckt und niedergeschlagen werden. Im übrigen herrschte in diesem sonst so unruhigen Raum im abgelaufenen Jahr eine verhältnismäßig stabile Lage.

Das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West

Im allgemeinen hat sich das Verhältnis der Kräfte zwischen den Staaten der NATO und jenen des Warschauerpaktes nicht wesentlich geändert. Immerhin hat sich die nukleare Überlegenheit der USA durch die Einstellung weiterer Polaris-Unterseeboote — einige kreuzen jetzt auch im Pazifischen Ozean — noch verstärkt. Praktisch bedeutet dies, daß die Sowjetunion aus allen Rich-

tungen durch Atomwaffen angegriffen werden könnte. Die sowjetische Überlegenheit an Mittelstreckenraketen in Europa bedeutet dagegen wenig, da die Sowjetunion im Falle eines Angriffes auf Westeuropa doch alles Interesse hätte, dessen Industriegebiete möglichst unbeschädigt zu erobern und daher von diesen Waffen einen zurückhaltenden Gebrauch machen müßte.

Schlußfolgerungen

Es ist durchaus unwahrscheinlich, daß sich die Sowjetunion in näherer Zukunft zur Auslösung eines großen, notwendigerweise nuklearen Krieges entschließen würde. Nichtsdestoweniger darf der Westen mit seiner Rüstung auch nicht im mindesten in Rückstand geraten, weil sonst für seinen Gegner sofort die Versuchung entstände, doch zu den Waffen zu greifen. Die eben geschilderten zahllosen Konfliktherde im außereuropäischen Raum tragen die Gefahr in sich, daß die Aufmerksamkeit der westlichen Mächte von den europäischen Problemen abgelenkt wird, trotzdem sich letzten Endes in Europa der Kampf zwischen dem freien Westen und dem kommunistischen Osten entscheiden wird. Wenn heute die Gefahr eines großen Krieges mit militärischen Mitteln in den Hintergrund tritt, ist diejenige des kalten Krieges bedeutend gewachsen. Der freie Westen, der weder Territorialansprüche stellt noch andern Völkern seine politischen Formen aufdrängen will, befindet sich dabei in der strategischen Defensive. Das hindert nicht, daß er taktisch sehr offensiv sein muß, viel mehr als dies heute der Fall ist. Nicht nur müssen die kommunistischen Beschuldigungen und Angriffe mit äußerster Schärfe zurückgewiesen, sondern auch der Subversionstätigkeit mit aller Energie entgegengetreten werden. Insbesondere aber sollte man mehr und mehr den Völkern der kommunistischen Länder, zumal der Sowjetunion, die wirklichen Verhältnisse im freien Westen zur Kenntnis bringen. Hierfür müßten alle brauchbaren Mittel eingesetzt und besonders alle Ost-Westkontakte weitgehend ausgenützt werden. Nur wenn der Westen auch im kalten Krieg offensiv vorgeht, wird er auf die Dauer den Sieg davontragen.